

Tschechische Republik

Volker Weichsel

Das Leitmotiv der tschechischen Europapolitik in den Jahren 2010 und 2011 lautete Kontinuität. Trotz gravierender Veränderungen im europäischen Umfeld infolge der Staatsschuldenkrise im Euroraum positionierten sich die europapolitischen Akteure in Tschechien nicht neu. Vielmehr sahen sie sich durch die Krise, die Einrichtung des provisorischen Stabilisierungsmechanismus sowie die Planungen für einen Europäischen Stabilitätsmechanismus in ihren jeweiligen Positionen bestärkt. Allerdings deutet sich an, dass sich das Kräfteverhältnis zwischen integrationsskeptischen Kräften und Anhängern einer weiteren Verlagerung von Kompetenzen auf die europäische Ebene zugunsten der die Souveränität des Nationalstaats propagierenden Parteien verschieben könnte.

Als im Mai 2010 in Tschechien ein neues Parlament gewählt wurde, hatte sich die griechische Staatsschuldenkrise bereits zugespitzt, der provisorische Stabilisierungsmechanismus („Rettungsschirm“) war bereits beschlossen. Gleichwohl hatten innenpolitische Themen die Wahlen dominiert. So setzte die neue Regierungskoalition der Mitte-Rechts-Parteien ODS, TOP 09 und VV unter Ministerpräsident Petr Necas (ODS) keine neuen europapolitischen Akzente. Bereits im Koalitionsvertrag hatte die drei Parteien Kontinuität und Verlässlichkeit beschworen. Tatsächlich stehen die dort genannten europapolitischen Prioritäten schon lange auf der Agenda der tschechischen Europapolitik: Fortsetzung der Erweiterungspolitik in Südosteuropa, Heranführung der osteuropäischen ENP-Staaten an die EU, Schaffung einer gemeinsamen europäischen Energieaußenpolitik gegenüber Russland, Einfrierung der von den Mitgliedstaaten in den EU-Haushalt eingespeisten Mittel, Kürzung der Agrarausgaben. Aber auch die Vorbehalte gegenüber weiteren Integrationsritten, die die ODS seit vielen Jahren formuliert, haben Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden: keine europäische Wirtschaftsregierung, keine Zustimmung zu einer weiteren Kompetenzverschiebung auf die europäische Ebene ohne Referendum.¹ Kontinuität herrscht auch bei der Opposition. Die linken Parteien – die sozialdemokratische CSSD und die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSCM) – sind mit ihren Plänen zur Übernahme der Regierungsverantwortung gescheitert und müssen daher ihr inkompatibles europapolitisches Programm – die CSSD-Spitze versucht, die Partei als *die* proeuropäische Partei Tschechiens zu profilieren, die KSCM sieht sich als das linke Bollwerk des Euroskeptizismus – weiter nicht in Einklang bringen.

Kontinuität herrschte allerdings auch in einem ganz anderen Sinne: Die politische Instabilität, die eine langfristige, sachbezogene Politik erheblich erschwert, setzte sich fort. Querelen in der Partei *Veci Verejné* (VV) belasteten die Beziehungen zu den Koalitionspartnern und hätten im April 2011, als Ministerpräsident Necas den starken Mann der VV, Vit Barta, sowie einige ihm nahestehende Personen nicht länger in der Regierung dulden wollte, beinahe zu einem vorzeitigen Ende der Regierung Necas geführt.² Anfang Juni

1 Koaliciční smlouva o vytvorení koalice rozpočtové odpovědnosti, vlády práva a boje proti korupci.

2 Vladní krize den pro dni, <http://aktualne.centrum.cz/domaci/grafika/2011/04/26/vladni-krize-den-po-dni/>.

2011 sprachen sich bei einer Umfrage 90 Prozent der Befragten gegen einen Fortbestand der Regierung aus.³

Neben dem Zwist in der Koalition droht zudem zum wiederholten Mal, dass ein inner-tschechischer europapolitischer Konflikt gesamteuropäische Auswirkungen hat. Gegenstand des Konflikts ist die Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Präsident Vaclav Klaus hat eine Ausnahme für die Tschechische Republik erstritten, in dem er gedroht hatte, seine Unterschrift unter die Ratifikationsurkunde des Vertrags von Lissabon zu verweigern. Das Zusatzprotokoll, in dem der Europäische Rat der Tschechischen Republik garantiert, dass die Charta der Grundrechte der Europäischen Union anders als in Artikel 6 des Vertrags von Lissabon festgehalten für Tschechien nicht gilt – eine solche Ausnahme hatten sich zuvor bereits Großbritannien und Polen erstritten – soll mit Vertrag über die Aufnahme Kroatiens in die EU ratifiziert werden. Die tschechischen Sozialdemokraten, die sich für eine Gültigkeit der Grundrechte-Charta auch in der Tschechischen Republik einsetzen, wollen diese Ausnahme mit Hilfe ihrer Mehrheit in der zweiten Parlamentskammer, dem Senat, wieder aufheben. Da Premierminister Necas bereits angekündigt hat, die Abstimmung über die Zustimmung der Tschechischen Republik zum Beitritt Kroatiens zur EU mit der Abstimmung über die Charta zu koppeln, könnte die Ratifizierung der Urkunde über den kroatischen EU-Beitritt – der in Tschechien gar nicht umstritten ist, sondern vielmehr von allen Parteien einhellig befürwortet wird – zu einer ähnlichen Hängepartie zu werden, wie im Jahr 2010 die tschechische Ratifizierung des Vertrags von Lissabon.

Die Stunde der Euro-Kritiker

Gravierender als diese Querelen sind jedoch zweifellos die tektonischen Verschiebungen, die sich infolge der Staatsschuldenkrise im Euroraum ergeben könnten. Die Krise hat wie in anderen Ländern auch offenbart, dass die Legitimität der europäischen Integration in der tschechischen Gesellschaft schwach ist. Die Zustimmung zur EU hängt stark von den ökonomischen Geschicken ab. So verspürten in der als Eurokrise interpretierten Staatsschuldenkrise die tschechischen Kritiker der gemeinsamen Währung und Gegner eines Beitritts der Tschechischen Republik zur Eurozone starken Aufwind. Sie finden sich vor allem in den Reihen der ODS; ihr prominentester Sprecher ist der langjährige Parteichef und heutige Staatspräsident Vaclav Klaus. Sie argumentieren seit den 1990er Jahren mit einer Mischung aus ökonomischen und politischen Argumenten. Voraussetzung für das dauerhafte Funktionieren einer gemeinsamen Währung in einem ökonomisch heterogenen Raum sei eine Vergemeinschaftung nicht nur der Geld- sondern der gesamten Wirtschafts- und Finanzpolitik. Genau diese Vergemeinschaftung lehnen sie jedoch ab. Die Bewahrung der „Souveränität“, worunter sie eine formale Zuständigkeit des Nationalstaats in möglichst vielen Politikfeldern verstehen, gilt ihnen auch in Zeiten, in denen die Staaten durch immer höhere Vernetzung und wechselseitige Abhängigkeit einen faktischen Steuerungsverlust erlitten haben, als oberstes Primat der Politik.

Durch die jüngere Entwicklung sehen sich die tschechischen Euro-Kritiker in doppelter Weise bestätigt. Die wirtschaftliche Entwicklung in den südlichen Eurostaaten entspricht ihren ökonomischen Prognosen; nach der politischen Reaktion auf die Staatsschuldenkrise sehen sie den von ihnen prophezeiten und gefürchteten „europäischen Superstaat“

3 9 z 10 Cechu si preje konec Necasovy vlady, <http://aktualne.centrum.cz/domaci/politika/clanek.phtml?id=702361>.

heraufziehen.⁴ Aus dem Eintreffen ihrer negativen Prognosen konnten die tschechischen Integrations skeptiker politisches Kapital schlagen. Zwar hatte sich bereits seit Mitte 2007 bei Umfragen in Tschechien eine knappe Mehrheit der Respondenten gegen die Übernahme des Euro ausgesprochen. Bis 2010 hielten sich jedoch Zustimmung und Ablehnung annähernd die Waage. Im Frühsommer 2011 sprachen sich dann allerdings erstmals 75% der Befragten gegen den Euro aus.⁵

Kritik ohne Konzept

Der Rückenwind, den die Kritiker der europäischen Integration in der Tschechischen Republik verspüren, darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die europäische Staatsschuldenkrise auch die konzeptionellen Schwächen ihres europapolitischen Programms offenbart hat. Denn die Anhänger einer umfassenden nationalstaatlichen Souveränität haben kein europapolitisches Alternativprogramm. Vielmehr ersetzt die Klage über die Entwicklung der EU und die geringen Einflussmöglichkeiten, die Prag habe, die programmatische Reflektion der politischen Optionen der Tschechischen Republik in – oder auch jenseits – der EU.⁶

Die Prager Euro- und EU-Skeptiker lavieren vielmehr zwischen zwei selbsterklärten Übeln. Sie fürchten, dass Entscheidungen ohne tschechische Beteiligung getroffen werden, wollen sich jedoch gleichzeitig nicht an neuen europäischen Integrationsforen beteiligen. Exemplarisch war der tschechische Umgang mit dem Euro-Plus-Pakt über eine wirtschaftspolitische Koordinierung. Ihn haben Ende März 2011 neben den 17 Staaten der Eurozone sechs weitere EU-Staaten unterzeichnet, die den Euro nicht eingeführt haben – nicht aber Tschechien. Grund war jedoch keineswegs, dass die darin formulierten makroökonomischen Ziele und Mittel dem wirtschaftspolitischen Programm der Prager Regierung widersprochen hätten. Vielmehr erklärte Premierminister Necas, der Pakt berge das Risiko von Eingriffen in die Fiskal- und Steuerpolitik der Nationalstaaten. Vor allem aber sei die Tschechische Republik nicht ausreichend an den Verhandlungen über den Pakt beteiligt worden.⁷

Eine grundsätzliche Entscheidung gegen die Beteiligung an weiteren Integrations schritten – auch um den Preis der Entstehung eines Kerneuropa ohne tschechische Beteiligung hat bislang nur Präsident Klaus getroffen. Er versuchte, die Staatsschuldenkrise zu nutzen, um die Tschechische Republik aus der vertraglichen Pflicht zur Einführung des Euro zu befreien. Die Regierung forderte er – mit Unterstützung der Tschechischen Nationalbank⁸ – auf, sie solle nach dem Vorbild Dänemarks und Großbritanniens in Brüssel für die Tschechische Republik eine Ausnahmeregelung aushandeln.⁹ Zwar lehnte die Regierung dies bislang ab. Gleichzeitig vermeidet sie es aber, den Beitritt zur Eurozone noch als Ziel der Tschechischen Republik zu bezeichnen, sondern spricht lediglich davon, dass eine Einführung des Euro gegenwärtig nicht in Frage komme.

4 Siehe exemplarisch Vaclav Klaus: Od EU pres EMU k EFU: poznámky k brusselskemu summitu, in: Pravo, 28.3.2011.

5 Centrum pro výzkum verejného mínění: Občane o přijetí eura – červen 2011, www.cvvm.cas.cz/upl/zpravy/101175s_pm110725.pdf.

6 Jiri Pehe: Ceska (ne)diskuze o Evrope, in: Parlamentni magazin, 7-8/2011.

7 Styl berte, nebo nechte lezte se CR nelibi, *zustava mimo Pakt pro euro*, Lidove Noviny, 24.3.2011.

8 Klaus a CNB: Odmítáme euro, Lidove noviny, 27.11.2010.

9 Klaus: CR by se mela vyjednat opt-out z prijeti eura, *euractic.cz*, 31.8.2011.

Widersprüche im Programm der tschechischen Integrations skeptiker offenbarte auch deren Interpretation der jüngsten institutionellen Veränderungen in der EU. Im Zentrum der Kritik der Anhänger des Nationalstaats stehen seit langem vor allem die Gemeinschaftsorgane: das Europäische Parlament und die Europäische Kommission. Ihr bevorzugtes Modell sind Verhandlungen zwischen den Regierungen der europäischen Staaten. Zustandekommen und Funktionsweise der neuen „Wirtschaftsregierung“ kamen diesem intergouvernementalen Modell sehr nahe. Die Umgehung der Gemeinschaftsorgane hat jedoch die faktische Ungleichheit der formal gleichen EU-Staaten erhöht. Genau diese Ungleichheit, konkret die zentrale Rolle Deutschlands und Frankreichs, gehört jedoch zum Standardrepertoire tschechischer EU-Kritik.

Fazit: Kontinuität = Stagnation

Die Europäische Union steht im Jahr 2011 am „Scheideweg zwischen Zerfall und Selbstbehauptung“.¹⁰ Vor diesem Hintergrund erscheint die programmatische Kontinuität der tschechischen Europapolitik weniger als Stabilität, denn als Stagnation. Das Unbehagen über die Kluft zwischen europapolitischem Anspruch und Wirklichkeit äußert sich in einer Krise des europapolitischen Denkens. Die integrations skeptischen Kräfte konzentrieren sich auf Grundsatzkritik sowie im Brüsseler Alltag auf die Aushandlung von Ausnahmeregelungen für die Tschechische Republik, die rein symbolische Bedeutung haben. Die Sozialdemokratische Partei hingegen begründet ihre proeuropäischen Positionen in erster Linie mit sozialstaatlichen Erwartungen an die EU. Angesichts der Wirtschaftskrise, von der zahlreiche EU-Staaten viel stärker betroffen sind als die Tschechische Republik, hat diese Position an Glaubwürdigkeit verloren. Faktisch führt dies angesichts der dynamischen Entwicklung in der EU dazu, dass sich die Tschechische Republik an einem entscheidenden Moment der europäischen Integration weitgehend aus der Debatte zurückgezogen hat.

Weiterführende Literatur

Vit Benes/Mats Braun: Evropsky rozmer ceske zahranicni politiky, in: Michal Koran a kol.: ceska zahranicni politika v roce 2010, Prag 2011.

10 Barbara Lippert: Die EU zwischen Zerfall und Selbstbehauptung. Entwicklungen und Handlungsmöglichkeiten, in: Annegret Bendiek/Barbara Lippert/Daniela Schwarzer (Hrsg.): Entwicklungsperspektiven der EU, SWP-Studie S 18, Berlin 2011, S. 130-145.